Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen [Internationale] . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . [illegible] Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

8. Jahrgang | Dresden, Sonnabend den 29. Oktober 1932 | Nummer 248

Wahlmüdigkeit hilft dem Faschismus!
Rüttelt die Zweifelnden und Lauen auf, Diskutiert unermüdlich und geduldig mit den SPD- und Naziarbeiter. Mobilisiert alle für die Liste 3!

Hunger und Seuche in Dresden

Wohlfahrtsunterstützung schon nächste Woche in Frage gestellt . Seuchen in den Volksschulen
Massenkampf gegen kapitalistische Barbarei unter der Führung der Kommunistischen Partei

Dresden, den 29. Oktober 1932

Wir erfahren von einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates, die gestern stattgefunden hat und sich mit der katastrophalen Finanzlage Dresdens beschäftigte. Nach Erklärungen des Finanzdezernenten, der die Lage schwarz in schwarz malte, sei es fraglich, ob in der nächsten Woche die Wohlfahrtsunterstützung noch gezahlt werden könne. Den laufenden Ausgaben der Stadt in Höhe von 22 Millionen Mark steht nur eine Einnahme von 12 Millionen bis zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber.

Um dem drohenden Dalles aus dem Wege zu gehen, wurde vom Bankdirektor Krüger ein Vorstoß unternommen, der in der Richtung der Privatisierung der kommunalen Betriebe zugunsten des Finanzkapitals liegt. Es wurde bereits der Frage näher getreten, 49 Prozent der Aktien an das Bankkapital zu verkaufen. Mit Mehrheit soll beschlossen worden sein, die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme zu „prüfen." Die SPD ist mit von der Partie, deren Vertreter, Edel, Anschluß der werbenden Betriebe an die [illegible]firma ASW in Vorschlag brachte.

Das ist ein Vorstoß der faschistischen Reaktion in zwei Richtungen. Einmal, soll ein noch schärferer Druck für den weitestgehenden Abbau der Unterstützung erzeugt, zum anderen dem Privatkapital ein fettes Geschäft durch die Veräußerung der Betriebe zugesichert werden.

Die Finanzkatastrophe der kapitalistischen Gemeinden steht vor den Toren. Die Werktätigen, voran die Wohlfahrtserwerbslosen, sollen die Rechnung zahlen. Ihnen soll der letzte Hungergroschen genommen, die kümmerlichste Existenz unmöglich gemacht, ihren Kindern Leben und Gesundheit durch eine beispiellose Sozialreaktion genommen werden, wie folgende Meldung beweist:

Seuchen wüten unter proletarischen Kindern

Wie wir erfahren, sind an einer Reihe Dresdner Volksschulen verschiedene Klassen wegen schwerer Seuchen unter den Kindern geschlossen worden. So wird uns aus der 27. Volksschule gemeldet, daß dort zwei Klassen seit den Herbstferien wegen Auftretens schwerer Fälle von spinaler Kinderlähmung geschlossen sind. Von diesen Klassen liegen 9 Kinder und ein Lehrer im Krankenhaus.

Aus der 45. Volksschule wird uns berichtet, daß dort in den letzten Wochen 13 Scharlach-Fälle und ein Fall spinaler Kinderlähmung aufgetreten ist.

Weiter erfahren wir aus der 21. Volksschule, daß dort die 7. Mädchenklasse seit Wochen geschlossen ist. Dort sind eine Reihe schwerer Diphtherie-Fälle aufgetreten. Die Klasse soll seit den großen Ferien schon mehrmals geschlossen und wieder geöffnet worden sein. Gegenwärtig ist ihre Schließung bis zum 4. November angeordnet. Bisher sind dort 3 Todesfälle an Diphtherie zu verzeichnen. Ein Kind liegt noch schwer krank darnieder.

Man braucht nicht viel nach den Ursachen dieser verheerenden Krankheiten unter den proletarischen Kindern zu fragen. Wenn man die Praxis der Sozialpolitik der Stadt betrachtet, an die [illegible] erinnert, daß von Bürgertum und Sozialdemokratie mehr als einmal die Forderungen der Kommunisten für die Arbeiterkinder und die Volksschulen abgelehnt wurden, dann haben wir die Ursachen dieser jetzt in immer größerem Umfange auftretenden Seuchen. Sie sind die Folge der rücksichtslosen [illegible]politik auf sozialpolitischem Gebiet, dem zugunsten der Poli[illegible]schüsse, der Ausgaben für eine Reihe andere arbeiterfeindliche Posten die Mittel entzogen wurden. In der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Antrag der KPD angenommen, in dem die Ausdehnung der Kinderspeisung, die bisher nur an 4 Tagen durchgeführt wurde, auf 6 Tage verlangt wurde. Dresdens Ober — Herr Külz — hat jetzt geantwortet. Der Antrag wird abgelehnt! Anstatt 4 Tage wird in Zukunft nur noch an 3 Tagen mit Malzkaffee (!) gespeist. Der SPD-Kreishauptmann Buck war es, der der Stadt Dresden diktierte: Abbau der Aerzte, Herabsetzung der zur Durchführung der Kindererholungsfürsorge notwendigen Gelder um 60 000 Mark, der die Einsparung von 60 000 Mark bei der Tuberkulose und Geschlechtskrankenfürsorge fordert und der weiter verlangt. Einsparung von 10 000 Mark bei der Säuglingsfürsorge.

Hunger und Seuche über den Proletariervierteln Dresdens, das ist das Ergebnis kapitalistisch-sozialdemokratischer Politik. Das ist kapitalistische Barbarei, die in ihrer Konsequenz verzweifeltes Elend, schreiende Not ins Grenzenlose treibt. So lebt das proletarische Dresden, so soll es verhungern und verkommen bei phrasenreichen Versprechungen vom „Dritten Reich!", von der Papenschen „Wirtschaftsankurbelung", von der „zweiten Republik" sozialfaschistischer Führer. Sie dienen alle dem einen Zweck: Erhaltung des Systems der Ausbeutung, der kapitalistischen Barbarei.

So lebt nicht nur das proletarische Dresden, so sollen das werktätige Sachsen, die Schaffenden Deutschlands verhungern und im Elend verkommen. Schluß damit! Macht Front gegen die Barbarei, kämpft mit den Kommunisten gegen den Wahnsinn kapitalistischer Anarchie, sammelt zum außerparlamentarischen Kampf in roter Einheit. Am 6. November eure Stimme den Kampfkandidaten der Liste 3!

500 Arbeiterinnen entlassen

Dresden, 29. Oktober.

Am Freitag, dem 28. Oktober wurden im Betrieb Mende, Radio-Werke, im Dresdner Industriegelände, 500 Arbeiterinnen entlassen.

Deine Kandidaten, Prolet!

Mobilisiere deine Klassengenossen für Liste 3!

An der Spitze der Liste der Kommunisten im Wahlkreis Dresden-Bautzen stehen deine Kampfgenossen, die seit Jahrzehnten, auf vorderstem Posten stehend, alles für dich und unsere Klasse einsetzen:

Siegfried Rädel

der Zimmermann aus Pirna, ist Spitzenkandidat der Liste. Jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung tätig, nach Ende des Krieges Mitglied des großen Arbeiter- und Soldatenrates von Pirna, war er Betriebsrat in der Spinnerei Küttner. Im Kampf um die täglichen Interessen der Belegschaft wurde er gemaßregelt. Er ist Mitglied im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, in dem er rückhaltlos für die Erwerbslosen und alle Versorgungsberechtigten kämpfte.

Hugo Gräf

ist der Führer der Kriegs- und Arbeitsopfer, an deren Spitze er den revolutionären Kampf gegen die Sozialreaktion führt. Auch er steht schon seit Jahrzehnten auf vorderstem Kampfposten der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Olga Körner

ist die Textilarbeiterin aus Dresden, die schon vor dem Kriege in Partei und Gewerkschaft tätig war. Während des Krieges Mitglied der USP., hat sie die Interessen der Arbeiterfrauen im Laufe der letzten 13 Jahre als Stadträtin, Landtags- und Reichstagsabgeordnete vertreten. Sie ist die Führerin der werktätigen Frauen Sachsens.

Verschlechterung des Wahlalters

Weitere Faschisierung vom Reichsinnenminister Gayl angekündigt

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern hielt der Reichsinnenminister v. Gayl im Verein Berliner Presse eine Rede, die ein neuer Alarm für alle Arbeiter ist. Er erklärte:

„Wir halten es für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährern . . und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren . . ."

Gayl kündigte neben dieser Einführung ein Mehrstimmenwahlrecht, eine Beseitigung der Listenwahl und weiter eine Aenderung des Artikels 54 der Reichsverfassung an. Der Artikel 54 besagt, daß die Regierung eines Vertrauensvotums des Reichstages bedarf und durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann. Das soll nun abgeändert und die Regierung vom Reichstag gänzlich unabhängig werden. Gayl kündigte ferner den „Ausbau der Rechte des Reichsrates oder den Einbau einer berufsständigen Kammer", d. h. die

Einrichtung eines „Oberhauses"

an. Zur Reichsreform erklärte Gayl die bekannten Pläne der Uebernahme von preußischen Ministerien durch das Reich, dabei soll den Ländern — speziell den süddeutschen — (als Zugeständnis für ihre Zustimmung) weitgehende Finanzhoheit gegeben werden. An all dies knüpfte er

die Drohung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, „sowohl in dem von Preußen beschrittenen Wege folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen und auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen . . ."

Die Art des Vorgehens der Reichsregierung auf diesem Gebiete hänge von der Entwicklung der nächsten Wochen und Monate ab. Darüber aber sei kein Zweifel möglich, daß die Reichsregierung „die von ihr klar erkannte und tief empfundene Pflicht niemals aufgeben werde"

Damit proklamiert Gayl die Fortsetzung und Verschärfung der Politik der Staatsaktion vom 20. Juli. Die Braun-Regierung nimmt, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, zu den Reichsreformplänen die Stellung ein,

daß „die beabsichtigten Maßnahmen der Papenregierung in Preußen nach dem Leipziger Urteil gerechtfertigt"

seien. Die Braun-Severing-Regierung wünscht nur, daß die Maßnahmen nicht durch Verordnungen des Reichskommissars, sondern auf dem Wege einer Vereinbarung mit der Braun-Regierung durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sind von Bedeutung auch die Mitteilungen der Münchner „Telegramm-Zeitung", wonach Braun mit Brüning seinerzeit ähnliche Maßnahmen mit Preußen besprochen habe. Ohne jede vorherige Bekanntmachung wollte Braun den Reichsfinanzminister Dietrich zugleich zum preußischen Finanzminister ernennen, dann zurücktreten und den damaligen Kanzler Brüning zum preußischen Ministerpräsidenten wählen lassen.

Die Sozialdemokratie erweist sich so als Wegbereiterin des Faschismus, für dessen weitere Entwicklung sie auch jetzt ihre Unterstützung gibt. Die SPD und die Braun-Severing setzen jetzt ihre Kapitulationspolitik vom 20. Juli fort! Die SPD-Arbeiter werden ihren Verrat massenhaft quittieren mit dem Bekenntnis zur KPD und zur Liste 3!

Freie Gewerkschaftler rufen auf für die Liste 3
(Siehe Seite 2)

Wir führen Schlag auf Schlag!

Antifaschistische Aktion

Heute Sonnabend, 20 Uhr, spricht Hauptmann a. D. Römer in Dresden in den Annensälen am Fischhofplatz, in Zittau-Olbersdorf im Kaisersaal roter Volkskongreß, Beginn 19 Uhr

Morgen spricht Genosse Walter Ulbricht, Berlin, Mitglied des ZK der KPD zur Gedenkfeier in Freiberg. – Außerdem steigt in Zittau eine Massenkundgebung im Drei-Kronen-Saal, in der Genosse Selbmann spricht

SLUB
Wir führen Wissen.